

Sozialkahlschlag in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Petri & Eichen und die Folgen neoliberaler Fehlsteuerung

Manfred Steglich

Mitglied im Beirat Horn-Lehe

1. Ein Zusammenbruch mit Ansage – Wenn Sparpolitik auf Realität trifft

Die Insolvenz des Bremer Trägers Petri & Eichen, dessen Insolvenzantrag im Juni 2025 gestellt wurde, markiert einen sozialen Wendepunkt – nicht weil sie überraschend kam, sondern weil sie die Konsequenzen jahrzehntelanger Fehlsteuerung sichtbar macht. Hunderte Kinder, Jugendliche und Beschäftigte sind unmittelbar betroffen. Wo zuvor pädagogische Arbeit geleistet, kulturelle Teilhabe ermöglicht und sozialer Zusammenhalt gefördert wurden, herrscht nun Unsicherheit, Perspektivlosigkeit – und Wut.

Die Reaktion der Stadt offenbart Prioritäten. Während Bremen bei den vier von Petri & Eichen verwalteten Kindertagesstätten rasch reagiert und die Übernahme durch KiTa Bremen organisiert hat – rechtlich geboten durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz –, bleiben zentrale Bereiche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) bis heute ungesichert. Jugendhäuser und soziale Projekte stehen ohne Träger da, ihre Zukunft ist ungewiss, ihre Beschäftigten bangen um ihre Arbeit.

In der ganzen Stadt sind Einrichtungen betroffen: in Tenever, Horn-Lehe und Huchting. Ohne öffentlichen Druck, ohne zivilgesellschaftliches Engagement, ohne politische Gegenwehr droht all diesen Einrichtungen die Schließung.

Was einklagbar ist, wird gesichert. Was „nur“ pädagogisch sinnvoll, sozial notwendig und präventiv wirksam ist, wird dem Markt überlassen. Wer keinen Rechtsanspruch hat, hat auch kein Recht.

Die Insolvenz von Petri & Eichen ist deshalb mehr als der Zusammenbruch eines Trägers. Sie ist das sichtbare Scheitern einer Politik, die soziale Arbeit privatisiert, unterfinanziert und ihrer öffentlichen Verantwortung entledigt hat.

2. Managementfehler und Marktlogik – Ein toxisches Zusammenspiel

Die Insolvenz von Petri & Eichen hat konkrete Ursachen: Der Zusammenschluss der beiden Träger St. Petri und Alten Eichen war offenbar schlecht vorbereitet. Strukturelle Probleme, unterschiedliche Kulturen und mangelnde Integration führten zu Managementfehlern, die den Träger destabilisierten.

Doch diese Fehler fielen nicht in ein stabiles System. Sie trafen auf ein Umfeld chronischer Unterfinanzierung, fehlender Planungssicherheit und ständigen Drucks zur Kostensenkung. Der Zusammenbruch ist also sowohl hausgemacht als auch systembedingt.

Besonders deutlich wird das bei der Frage: Warum übernimmt die KJSH-Stiftung (Stiftung für Kinder-, Jugend- und Soziale Hilfen) aus Berlin, die das insolvente Petri & Eichen übernommen hat, nur die „rentablen“ Heimeinrichtungen, nicht aber die Jugendhäuser und niedrigschwelligen Angebote in Tenever, Horn-Lehe und Huchting?

Die Antwort ist klar: Soziale Arbeit wird nach Rentabilität bewertet – nicht nach gesellschaftlicher Notwendigkeit. Wer sich auf offene, niedrigschwellige Angebote einlässt, muss investieren und Risiken tragen. Die finanziell gesicherten Heime hingegen sind „sicher“: staatlich finanziert, planbar, öffentlich abgesichert.

3. Systemisches Versagen – Vom Sozialstaat zum Sozialmarkt

Die Insolvenz von Petri & Eichen ist kein Zufall, sondern Ausdruck jahrzehntelanger Fehlsteuerung.

Die Privatisierung unter der Großen Koalition (1995–2007): In der Zeit der SPD/CDU-Koalition privatisierte Bremen seine Jugendhäuser und Freizeitheime. Diese Einrichtungen wurden aus haushaltspolitischen Gründen an sogenannte „freie Träger“ (gemeinnützige und wenige gewerbliche) übergeben. Doch diese blieben wirtschaftlich völlig von der öffentlichen Hand abhängig – durch 100% öffentliche Zuschüsse.

Die entscheidende Weichenstellung ab 2007: Die Finanzierung wurde aus den „freiwilligen Hilfen“ des Bremer Haushalts organisiert – mit reinem Zuschusscharakter statt verpflichtender Grundfinanzierung. Diese scheinbar technische Umstellung hatte dramatische Folgen: Sie machte die OKJA zur Verfügungsmasse im Haushaltswettbewerb, jederzeit kürzbar, ohne Rechtsanspruch, ohne Sicherheit.

Ergebnis: Seit 2007 herrscht ein dauerhafter Mangelzustand in der Bremer Jugendhilfe und offenen Jugendarbeit. Während die gesellschaftlichen Anforderungen steigen – Armut, Bildungsungleichheit, psychische Belastungen, Integrationsaufgaben – stagnieren die Mittel oder werden real gekürzt.

Diese Entwicklung führte zu anhaltenden Konflikten zwischen Beschäftigten, Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern. Viele Einrichtungen konnten ihre Arbeit nur aufrechterhalten, weil Beschäftigte über ihre Belastungsgrenzen hinaus arbeiteten.

Heute zeigt sich: Auch die privaten Träger können unter diesen Bedingungen nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. Sie konzentrieren sich auf die „lukrativen“ Felder mit gesicherten und planbaren öffentlichen Mitteln – stationäre Einrichtungen, Heime, betreute Wohnformen – und stoßen die offenen, niedrigschwelligen, sozialräumlich orientierten Angebote ab, die zusätzliche Investitionen erfordern würden. Die soziale Landschaft wird ausgedünnt, ihre Substanz geht verloren.

Die Insolvenz von Petri & Eichen ist deshalb nicht nur Ursache, sondern vor allem Symptom eines Systems, das soziale Arbeit strukturell auszehrt. Jugendhilfe, Stadtteilkultur und Bildung wurden in befristete Projekte zerlegt, deren Förderung von

Ausschreibungen und Sparzwängen abhängt. Der Grundgedanke des Sozialstaats – Solidarität durch öffentliche Verantwortung – wurde systematisch ausgehöhlt.

4. Die Dialektik der Verknappung

Je größer der gesellschaftliche Bedarf, desto weniger Ressourcen stehen zur Verfügung. Diese paradoxe Logik prägt die Bremer Sozialpolitik seit Jahren.

Kinderarmut, Wohnungsnot, psychische Belastungen – all das nimmt zu, während die Einrichtungen, die entlasten und auffangen könnten, ums Überleben kämpfen.

Die OKJA ist dabei zum chronisch unterfinanzierten Notfallsektor geworden. Viele Träger hangeln sich von Projekt zu Projekt, ohne Planungssicherheit, ohne Tarifbindung, oft mit befristeten Verträgen. Diese Politik zerstört Vertrauen, Kontinuität und Qualität gleichermaßen.

So wird aus Sozialarbeit Krisenverwaltung, aus Jugendarbeit Notfallpädagogik.

Die Beschäftigten leisten seit Jahren Unmögliches – mit sinkenden Mitteln und steigender Belastung. Dass ihre Einrichtungen nun zu schließen drohen, ist nicht nur politisches Versagen, sondern sozialer Zynismus.

5. Von der „freien“ zur ausgelieferten Jugendhilfe

Was einst als „freie Trägerschaft“ gedacht war – Ausdruck pluraler, selbstverwalteter Sozialarbeit – wurde systematisch zur ökonomischen Zwangslage umfunktioniert.

Die Marktlogik hat gesiegt: Träger konkurrieren um Fördergelder, unterbieten sich gegenseitig bei Personalkosten und müssen „Effizienz“ nachweisen, wo eigentlich Beziehungsarbeit geleistet werden soll. Große, professionalisierte Träger mit kaufmännischem Controlling setzen sich durch, kleine, sozialräumlich verankerte Einrichtungen gehen unter.

Das Ergebnis: Die Jugendhilfe wurde „marktfähig“ gemacht – aber zugleich unsozial, unplanbar und für die Betroffenen unhaltbar. Wer überleben will, muss wirtschaftlich denken statt pädagogisch handeln. Die Verlierer sind die Kinder und Jugendlichen.

6. Petition als Signal der Zivilgesellschaft

Bürgerinnen und Bürger haben eine Petition zum Erhalt aller betroffenen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit von Petri & Eichen gestartet (Petition S21-256 bei der Bremischen Bürgerschaft). Sie fordert den Erhalt des Jugendhauses Tenever, des Lücke-Projekts, des GuckMal-Ateliers, des Repair-Cafés, des Kinderbauernhofs, des alkoholfreien Jugendcafés, des FitPoints, des Schulvermeiderprojekts Fahrradpark, des Jugendhauses Horn-Lehe sowie in Huchting der Stadtteolfarm, der Boxzeile, des RAP-Projekts und der Jungengruppe.

Mit über 2.600 Mitzeichnungen zeigt die Petition: Der Widerstand wächst dort, wo der Staat versagt. Menschen aus den betroffenen Stadtteilen, Eltern, Jugendliche und Beschäftigte fordern ein, was ihnen zusteht: verlässliche soziale Infrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Doch so wichtig dieses zivilgesellschaftliche Engagement ist – es darf nicht zur Daueraufgabe werden. Die Petition ersetzt nicht die verfassungsmäßige Pflicht der öffentlichen Hand, dauerhaft Verantwortung zu übernehmen. Soziale Rechte dürfen nicht erbettelt werden müssen. Sie müssen garantiert sein – durch öffentliche Finanzierung, durch Rechtsanspruch, durch politischen Willen.

7. Die soziale Spaltung vertieft sich – Klassenpolitik im Lokalen

Bremen ist eine tief gesplante Stadt. Nicht nur geografisch, sondern sozial, ökonomisch, kulturell. Während in Schwachhausen, Oberneuland oder Horn-Lehe Kinder zwischen Musikschule, Sportverein, Nachhilfe und Ferienfreizeiten wählen können – alles finanziert durch Elternhäuser mit sicheren Einkommen –, wachsen in Tenever, Gröpelingen, Huchting oder Blockdiek Kinder auf, für die das Jugendhaus oft die einzige kostenfreie, sichere Anlaufstelle ist. Hier gibt es keine Wahlmöglichkeiten. Hier gibt es nur: Jugendhaus oder nichts.

Die bedrohten Einrichtungen – konkrete Orte, konkrete Schicksale

Die Insolvenz von Petri & Eichen bedroht ein ganzes Netzwerk sozialer Infrastruktur in den Stadtteilen, die sie am dringendsten brauchen:

In Tenever stehen das Jugendhaus, das Lücke-Projekt, das GuckMal-Atelier, das Repair-Café, der Kinderbauernhof, das alkoholfreie Jugendcafé, der FitPoint und das Schulvermeiderprojekt Fahrradpark vor dem Aus. Tenever, ein Stadtteil mit hoher Kinderarmut und sozialen Herausforderungen, würde damit sein gesamtes niedrigschwelliges Jugendangebot verlieren. Der Kinderbauernhof ist für viele Kinder der einzige Ort, an dem sie Natur erleben und Verantwortung für Tiere übernehmen können. Das Schulvermeiderprojekt Fahrradpark fängt genau die Jugendlichen auf, die aus dem Bildungssystem herauszufallen drohen – durch praktische Arbeit, Werkstattpädagogik und Beziehungsangebote. Das GuckMal-Atelier ermöglicht kulturelle Bildung und kreative Selbstentfaltung dort, wo Elternhäuser solche Angebote nicht finanzieren können.

In Horn-Lehe ist das Jugendhaus bedroht. Auch wenn Horn-Lehe oft als wohlhabenderer Stadtteil wahrgenommen wird, gibt es auch hier Familien und Jugendliche, die auf kostenfreie, offene Angebote angewiesen sind. Das Jugendhaus ist Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Milieus und schafft Begegnungen über soziale Grenzen hinweg – eine Funktion, die in Zeiten wachsender Segregation unverzichtbar ist.

In Huchting stehen die Stadtteilmfarm, die Boxzeile, das RAP-Projekt und die Jungengruppe zur Disposition. Huchting ist ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf, hoher Arbeitslosigkeit und vielen Familien in prekären

Lebenslagen. Die Stadtteilstadt bietet Kindern und Jugendlichen praktische Naturerfahrung, Umweltbildung und die Möglichkeit, Verantwortung für Tiere und Pflanzen zu übernehmen – essenzielle Erfahrungen in einem dicht bebauten Stadtteil mit wenig Grünflächen. Die Boxzeile bietet nicht nur Sport, sondern Struktur, Disziplin und einen geschützten Raum für Kinder und Jugendliche, die oft keine stabilen Strukturen zu Hause vorfinden. Das RAP-Projekt ermöglicht kulturellen Ausdruck und Identitätsarbeit über Musik – eine Form der Jugendarbeit, die Jugendliche erreicht, die sich von klassischen Angeboten nicht angesprochen fühlen. Die Jungengruppe bietet geschlechtsspezifische pädagogische Arbeit und schafft Räume, in denen Jungen über Rollenbilder, Konflikte und Zukunftsperspektiven sprechen können.

Die Uhr tickt. Ohne schnelle politische Entscheidungen droht zum Jahreswechsel 2025/2026 die Schließung dieser Einrichtungen. Was dann verloren geht, lässt sich nicht einfach wieder aufbauen. Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen, die über Jahre gewachsen sind. Vertrauen in Institutionen, das mühsam erarbeitet wurde. Soziale Strukturen, die Stadtteile zusammenhalten.

Hemelingen zeigt: Es kann funktionieren

Dass es auch anders gehen kann, zeigt ausgerechnet Hemelingen. Das dortige Jugendhaus, das ebenfalls von der Insolvenz betroffen war, wurde im Juli 2025 vom neuen Verein "Kinder- und Jugendvision" übernommen – gegründet und geleitet von Faro Tuncel, der als Bereichsleiter Jugendförderung bei Petri & Eichen unter anderem für das Jugendhaus Hemelingen zuständig war und zuvor das Haus jahrelang selbst geleitet hatte. Hier blieben Kontinuität, lokale Verankerung und gewachsene Beziehungen erhalten. Die Jugendlichen verloren nicht ihre Anlaufstelle, die Beschäftigten nicht ihre Arbeit.

Dieses Beispiel zeigt: Mit politischem Willen, schneller Reaktion und Unterstützung für engagierte Träger vor Ort sind Lösungen möglich. Die Frage ist nicht, ob es geht – sondern ob die Stadt es will.

Die soziale Sortierung als politisches Programm

Die soziale Infrastruktur ist ungleich verteilt – und diese Ungleichheit wird politisch verwaltet. Während private Angebote in wohlhabenden Stadtteilen florieren, sind die öffentlichen Einrichtungen in benachteiligten Quartieren chronisch unterfinanziert. Genau dort, wo Jugendarbeit existenziell gebraucht wird – in den Stadtteilen mit hoher Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, beengten Wohnverhältnissen und sozialer Ausgrenzung – fallen nun die Lichter aus.

Was diese Einrichtungen konkret bedeuten

Diese Angebote sind keine Luxusausstattung wohlmeinender Sozialpolitik. Sie sind Lebensadern für Kinder und Jugendliche, die sonst keine haben.

Für ein Kind in Tenever bedeutet der Kinderbauernhof: einen Ort, an dem es nicht als „sozial benachteiligt“ abgestempelt wird, sondern einfach Kind sein darf. Einen Ort, an dem es lernt, Verantwortung zu übernehmen, Tiere zu versorgen, mit anderen

zusammenzuarbeiten – Erfahrungen, die in beengten Wohnverhältnissen ohne Garten, ohne Haustier, oft ohne stabile familiäre Strukturen, unmöglich wären.

Für einen Jungen in Huchting bedeutet die Boxzeile: einen Ort, an dem Wut und Frust nicht auf der Straße, sondern im Ring kanalisiert werden. Wo Respekt, Fairness und Selbstkontrolle nicht nur gepredigt, sondern praktisch erlebt werden. Wo ein Trainer da ist, der zuhört, der ernst nimmt, der Grenzen setzt – ohne abzuwerten.

Für ein Mädchen in Horn-Lehe bedeutet das Jugendhaus: einen Ort außerhalb der Familie, außerhalb der Schule, an dem sie mitentscheiden kann. Wo ihre Meinung zählt. Wo sie nicht funktionieren muss, sondern gestalten darf. Wo soziale Zugehörigkeit nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Diese Orte lehren Demokratie, Selbstwirksamkeit, Solidarität – nicht theoretisch, sondern praktisch. Sie sind Schutzräume, Lernorte, Begegnungsräume. Sie schaffen das, was in einer segregierten Stadt sonst nicht mehr entsteht: Zusammenhalt über soziale, kulturelle, ethnische Grenzen hinweg.

30 Arbeitsplätze von Fachkräften sind direkt bedroht, dazu kommen geringfügig Beschäftigte aus den Quartieren und zahlreiche Ehrenamtliche. Das sind Menschen, die oft seit Jahren Beziehungsarbeit leisten – zu den Kindern, zu den Jugendlichen, zu den Familien. Beziehungen, die nicht ersetzbar sind. Vertrauen, das nicht übertragbar ist. Wenn diese Menschen gehen, gehen nicht nur Stellen verloren – es geht soziales Kapital verloren, das sich nicht durch neue Ausschreibungen zurückholen lässt.

Wer diese Einrichtungen schließt, trifft eine politische Entscheidung. Die Botschaft dieser Politik ist verheerend: Wer arm ist, wer in den „falschen“ Stadtteilen lebt, wessen Eltern sich keine privaten Alternativen leisten können, hat kein Anrecht auf Teilhabe, auf Bildung, auf sichere Räume. Diese soziale Sortierung ist kein Zufall, kein Betriebsunfall, keine haushaltspolitische Notwendigkeit – sie ist das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen über Jahrzehnte hinweg.

Die Folgen sind absehbar: Kinder und Jugendliche, die ihre Anlaufstellen verlieren, verschwinden nicht einfach. Sie bleiben – auf der Straße, in prekären Verhältnissen, ohne Perspektive. Die sozialen Probleme, die Jugendarbeit präventiv bearbeitet, werden sich verschärfen. Was heute als Sparpolitik daherkommt, wird morgen als Ordnungspolitik, als Repression, als Kriminalisierung wiederkehren – teurer, brutaler und ohne jeden präventiven Anspruch.

Wenn diese Orte verschwinden, verliert eine Stadt nicht nur Einrichtungen. Sie gibt ihre soziale Verantwortung auf, zementiert die Spaltung als Normalzustand und entscheidet: Solidarität gibt es nur noch für die, die es sich leisten können. Das ist das Ende des Sozialstaats – und der Anfang einer Stadt, in der soziale Herkunft endgültig über Lebensperspektiven entscheidet.

8. Was jetzt zu tun ist – Konkrete Forderungen

Die Stadt Bremen darf nicht länger auf den Markt warten oder sich hinter Haushaltszwängen verstecken. Es braucht jetzt politischen Willen und konkrete Maßnahmen. Das Beispiel Hemelingen zeigt: Schnelle, pragmatische Lösungen sind möglich, wenn der Wille da ist.

In verschiedenen Stadtteilen haben sich Beiräte und lokale Initiativen mit der Frage befasst, wie ihre Jugendhäuser nach der Insolvenz von Petri & Eichen weitergeführt werden können. Dabei wird eine zentrale Forderung deutlich:

- Die offene Kinder- und Jugendarbeit darf nicht dem Markt überlassen werden
- Es braucht öffentliche Trägerschaft oder langfristig gesicherte Finanzierung
- Kinder- und Jugendarbeit ist Kern öffentlicher Daseinsvorsorge, keine freiwillige Leistung

Horn-Lehe als Testfall: Wird Bremen aus der Krise lernen?

Für das Jugendhaus Horn-Lehe sucht die Stadt derzeit nach einem neuen Träger. Hier kann Bremen zeigen, dass sie aus der Krise gelernt hat. Ein neuer Träger braucht:

- Verlässliche, langfristige Finanzierung statt prekärer Jahresverträge
- Tarifliche Bezahlung und unbefristete Verträge für die Beschäftigten
- Beteiligung der bisherigen Mitarbeiter:innen, der Jugendlichen und des Beirats am Auswahlverfahren
- Planungssicherheit für mindestens fünf Jahre
- Ausreichende Mittel für pädagogische Arbeit, nicht nur für Verwaltung und Gebäude

Die Vergabeentscheidung in Horn-Lehe wird zeigen: Geht es Bremen um billige Lösungen oder um gute Jugendarbeit? Um kurzfristige Haushaltskosmetik oder um langfristige Perspektiven für junge Menschen?

Kurzfristig – Sofortmaßnahmen zur Rettung der Einrichtungen:

- Übernahme aller bedrohten Einrichtungen von Petri & Eichen in öffentliche oder gesicherte Trägerschaft
- Überbrückungsfinanzierung für die Übergangsphase, um Schließungen zu verhindern
- Weiterbeschäftigung aller Fachkräfte zu tariflichen Bedingungen – ihre Erfahrung und Beziehungsarbeit sind unverzichtbar
- Beteiligung der Beschäftigten, Jugendlichen und Beiräte bei allen Entscheidungen

Mittelfristig – Strukturelle Absicherung der OKJA:

- Ein umfassendes Rettungs- und Entwicklungsprogramm für die gesamte offene Kinder- und Jugendarbeit in Bremen

- Aufstockung der Mittel auf ein bedarfsgerechtes Niveau – orientiert an tatsächlichen sozialen Notwendigkeiten, nicht an Haushaltskennziffern
- Rückkehr zur Grundfinanzierung statt prekärer Projektfinanzierung
- Tarifbindung und unbefristete Arbeitsverträge als Standard in der Jugendhilfe

Langfristig – Öffentliche Verantwortung wiederherstellen:

- Überführung der OKJA aus den „freiwilligen Leistungen“ in verpflichtende öffentliche Daseinsvorsorge
- Aufbau öffentlicher Trägerstrukturen für Jugendarbeit – so wie es KiTa Bremen für die Kindertagesstätten gibt
- Gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruchs auf offene Kinder- und Jugendarbeit
- Ende der Ökonomisierung sozialer Arbeit – Pädagogik statt Profitlogik

Die Botschaft muss klar sein: Privatisierung ist gescheitert. Der Markt hat versagt. Es braucht wieder öffentliche Strukturen, verlässliche Finanzierung und demokratische Kontrolle statt kaufmännischem Controlling. Die Verantwortung für Kinder und Jugendliche ist nicht delegierbar – sie ist und bleibt Aufgabe des demokratischen Gemeinwesens.

9. Der Preis der Marktlogik – und die Alternative

Die neoliberale Logik – Reduktion sozialer Arbeit auf Effizienzkennziffern, Auslagerung öffentlicher Aufgaben, Ökonomisierung des Sozialen – hat ihren Preis: zerbrochene Biografien, bedrohte Jugendhäuser, erschöpfte Fachkräfte. Und am Ende: eine gesplante Stadt, in der soziale Herkunft über Zukunftschancen entscheidet.

Der Fall Petri & Eichen zeigt exemplarisch: Managementfehler werden in einem System chronischer Unterfinanzierung zur Existenzbedrohung. Und wenn die Krise kommt, werden zuerst die Schwächsten fallen gelassen – die Kinder und Jugendlichen in Tenever, Horn-Lehe und Huchting, die keine Alternative haben.

Doch es gibt eine Alternative. Sie heißt nicht Markt, sondern Solidarität. Nicht Effizienz, sondern Bedarf. Nicht Privatisierung, sondern öffentliche Verantwortung.

Der Sozialstaat darf nicht zum Unternehmen werden. Wer ihn privatisiert, zerstört das Fundament gesellschaftlicher Solidarität. Wer ihn verteidigen will, muss jetzt handeln – konkret, entschlossen und auf der Seite derer, die auf diese Solidarität angewiesen sind.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit in Bremen steht am Scheideweg. Entweder wir stellen sie auf ein neues, solidarisches Fundament – oder wir schauen zu, wie eine Generation junger Menschen ihren sozialen Halt verliert. Die Entscheidung liegt bei der Politik. Die Verantwortung trägt sie so oder so.